

## **Mustersatzung**

(Anmerkungen in Klammern)

### **§1 Name und Sitz des Vereins**

1. Der Verein führt den Namen .....  
„.....“  
Nach Eintragung in das Vereinsregister lautet der Name .....  
„.....e.V.“
2. Der ..... Verein ..... hat ..... seinen ..... Sitz ..... in  
(Ort).....
3. Der Verein ist Mitglied des (Fachverbands)

### **§ 2 Gemeinnützigkeit, Zweck, Aufgaben**

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige/mildtätige/kirchliche Zwecke (nicht verfolgte Zwecke streichen) im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Zweck des Vereins ist .....  
(z.B. die Förderung von Wissenschaft und Forschung, der Bildung und Erziehung, der Kunst und Kultur, des Umwelt-, Landschafts- und Denkmalschutzes, der Jugend- und Altenhilfe, des öffentlichen Gesundheitswesens, des Sports.  
Hier können mehrere Zwecke des Vereins aufgeführt werden, die spezifisch auf Ihren Verein ausgerichtet sind. Es kann heißen, dass Ihr Verein z.B. besonders die Jugend und den Sport fördert.)

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch

.....  
(z.B. durch Errichtung von Sportanlagen und die Förderung sportlicher Übungen und Leistungen, die Förderung von sportlichen Wettkämpfen, durch Unterhaltung einer Schule, einer Erziehungs-Beratungsstelle, Pflege von Kunstsammlungen, Pflege des Liedgutes und des Chorgesanges, Errichtung von Naturschutzgebieten, Unterhaltung eines Kindergartens, Kinder-, Jugendheime, Unterhaltung eines Altenheims, eines Erholungsheims, Bekämpfung des Drogenmissbrauchs, des Lärms usw. Die Verwirklichung des oben genannten Satzungszwecks ist aus steuerlichen Gründen eine notwendige Bestimmung, die für einen gemeinnützigen Verein auf keinen Fall fehlen darf.)

3. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
4. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
5. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den/die/das .....(Bezeichnung einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einer anderen steuerbegünstigten Körperschaft, die das Vereinsvermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat. Zum Beispiel kirchliche Einrichtungen oder das Rote Kreuz oder auch die Gemeinde, für die aber

bestimmt wird, dass das Vermögen zum Ausbau der Sportstätten oder Kindergärten oder dergleichen verwandt wird.)

### **§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft**

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden, die das 7. Lebensjahr vollendet hat.
2. Auf Vorschlag des Vorstands kann die Mitgliederversammlung Ehrenmitglieder auf Lebenszeit ernennen.
3. Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag, der an den Vorstand zu richten ist. Bei beschränkt Geschäftsfähigen, insbesondere Minderjährigen, ist der Antrag auch von dem gesetzlichen Vertreter zu unterzeichnen. Dieser verpflichtet sich damit gleichzeitig gesamtschuldnerisch zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge, des Aufnahmebeitrags und sonstiger Geldforderungen des Vereins.
4. Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag nach freiem Ermessen. Er teilt dem Antragsteller die Aufnahme oder die Ablehnung seines Antrags schriftlich mit.

### **§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft**

1. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Ausschluss, Streichung von der Mitgliederliste oder durch Austritt aus dem Verein.
2. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Bei beschränkt Geschäftsfähigen ist die Austrittserklärung auch von dem gesetzlichen Vertreter zu unterzeichnen. Der Austritt kann nur zum Ende eines Geschäftsjahrs erklärt werden, wobei eine Kündigungsfrist von 2 Monaten einzuhalten ist. (Höchstdauer der Kündigungsfrist 2 Jahre.)
3. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstands von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrags oder von Umlagen im Rückstand ist. Der Beschluss des Vorstands über die Streichung muss dem Mitglied mitgeteilt werden. Gegen den Beschluss ist kein Rechtsmittel gegeben.
4. Wenn ein Mitglied schuldhaft in grober Weise die Interessen des Vereins verletzt, kann es durch Beschluss des Vorstands aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor Beschlussfassung des Vorstands muss dem Mitglied rechtliches Gehör gewährt werden. Der Beschluss des Vorstands ist dem Mitglied schriftlich begründet mitzuteilen. Gegen den Beschluss kann das Mitglied Berufung an die Mitgliederversammlung binnen einem Monat nach Zugang des Beschlusses beim Vorstand einlegen. Der Vorstand hat binnen zwei Monaten nach fristgemäßer Einlegung der Berufung eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die abschließend über den Ausschluss entscheidet. Bis dahin ruhen sämtliche Rechte und Ehrenämter des vom Vorstand ausgeschlossenen Mitglieds.

### **§ 5 Aufnahmebeitrag, Mitgliedsbeitrag, Umlagen**

1. Bei der Aufnahme in den Verein ist eine Aufnahmegebühr zu zahlen. Des Weiteren werden von den Mitgliedern Jahresbeiträge erhoben.
2. Zur Finanzierung besonderer Vorhaben oder zur Beseitigung finanzieller Schwierigkeiten des Vereins können Umlagen erhoben werden.

3. Höhe und Fälligkeit von Aufnahmegebühren, Jahresbeiträgen und Umlagen werden von der Mitgliederversammlung festgesetzt.
4. Ehrenmitglieder haben alle Mitgliedschaftsrechte; sie sind von der Pflicht zur Zahlung von Beiträgen und Umlagen befreit.
5. Der Vorstand kann in Einzelfällen Gebühren, Beiträge und Umlagen ganz oder teilweise erlassen oder stunden.

## **§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

1. Die Mitglieder sind berechtigt, die Einrichtungen und Anlagen des Vereins zu benutzen und an den Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.
2. Die Mitglieder haben im Rahmen ihrer Betätigung im Verein die erlassenen Ordnungsvorschriften zu beachten, sowie die Förderungspflicht, sich für das gemeinsame Ziel und den Zweck des Vereins einzusetzen.

## **§ 7 Organe des Vereins**

Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

## **§ 8 Mitgliederversammlung**

1. In der Mitgliederversammlung hat nur jedes volljährige Mitglied eine Stimme. Eine Ausübung des Stimmrechts durch einen Dritten ist ausgeschlossen.  
(Hier ist es möglich, z.B. Jugendlichen ab vollendetem 16. Lebensjahr volles Stimmrecht zu geben. Auf die dadurch entstehenden Schwierigkeiten wird weiter unten eingegangen.)
2. Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:
  - a) Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands
  - b) Entlastung des Vorstands
  - c) Festsetzung der Höhe und Fälligkeit der Aufnahmegebühren, Mitgliedsbeiträge und Umlagen
  - d) Wahl und Abwahl des Vorstands
  - e) Beschlussfassung über Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins
  - f) Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Ausschlussbeschluss des Vorstands
  - g) Wahl der Kassenprüfer
  - h) Ernennung von Ehrenmitgliedern

## **§ 9 Einberufung der Mitgliederversammlung**

1. Im ersten Quartal eines jeden Jahres soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest.

Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor einer Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen, worauf der Versammlungsleiter zu Beginn der Mitgliederversammlung über die beantragte Ergänzung abstimmen lässt. Zur Aufnahme dieses Antrags in die Tagesordnung ist eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Satzungsänderungen sowie Anträge zur Abwahl des Vorstands müssen

2. den Mitgliedern mit dem Einladungsschreiben zur Mitgliederversammlung schriftlich bekannt gegeben werden; ansonsten sind sie unzulässig.

## **§ 10 Außerordentliche Mitgliederversammlung**

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Sie muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von 1/10 der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die Vorschriften für die ordentliche Mitgliederversammlung entsprechend.

## **§ 11 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung**

1. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden oder einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, so bestimmt die Versammlung den Versammlungsleiter. Steht der Versammlungsleiter zur Wahl eines Amtes an, so ist für die Dauer des Wahlgangs und der vorhergehenden Diskussion die Versammlungsleitung an einen Wahlleiter zu übertragen, der von der Versammlung zu wählen ist.
2. Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss geheim durchgeführt werden, wenn ein erschienenes stimmberechtigtes Mitglied dies beantragt.
3. Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen.
4. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
5. Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen gelten immer als ungültige Stimmen und bleiben für das Abstimmungsergebnis außer Betracht. Entscheidend sind nur Ja- und Nein-Stimmen.

Zur Änderung der Satzung ist eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Eine Änderung des Zwecks des Vereins kann nur mit Zustimmung aller

Mitglieder beschlossen werden, wobei hierzu die schriftliche Zustimmung der in der Mitgliederversammlung nicht erschienenen Mitglieder innerhalb eines Monats gegenüber dem Vorstand erklärt werden kann.

6. Bei Wahlen ist derjenige gewählt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Wenn von mehreren Kandidaten niemand mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält, so findet zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt, wobei dann derjenige gewählt ist, der mehr Stimmen als der Gegenkandidat erhalten hat. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das von dem Versammlungsleiter zu ziehende Los.
7. Über Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Schriftführer und vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist. Bei Satzungsänderungen ist der genaue Wortlaut zu protokollieren.

## **§ 12 Der Vorstand**

1. Der Vorstand des Vereins im Sinne von § 26 BGB besteht aus dem Vorsitzenden, dem  
2. Vorsitzenden, dem Schatzmeister, dem Schriftführer und dem  
.....  
(Hier kann je nach Bedarf eingesetzt werden Sportwart, Hallenwart, Jugendwart usw. Es können auch weniger Personen sein.)
2. Der Verein wird durch zwei Mitglieder des Vorstands, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende, vertreten.

## **§ 13 Zuständigkeit des Vorstands**

1. Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Organ übertragen sind. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:
  - a) Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung;
  - b) Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung;
  - c) Ordnungsgemäße Buchführung, Erstellung der Jahresberichte, Aufstellung eines Haushaltsplans;
  - d) Beschlussfassung über die Aufnahme von Mitgliedern.

## **§ 14 Wahl und Amtsdauer des Vorstands**

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren, gerechnet von der Wahl an, gewählt. Er bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Vorstands im Amt. Eine Wiederwahl ist zulässig. Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Vorstandsmitglieder können nur Mitglieder des Vereins werden. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus dem Vorstand während seiner Amtszeit aus, so wählt der verbliebene Vorstand für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen den sogleich beim Amtsgericht anzumeldenden kommissarischen Nachfolger. Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig. Mit Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt eines Vorstandsmitglieds.

## § 15 Sitzung und Beschlüsse des Vorstands

1. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse in der Vorstandssitzung, die vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom 2. Vorsitzenden, einberufen und geleitet wird. Eine Einberufungsfrist von einer Woche soll eingehalten werden. Eine Tagesordnung braucht nicht angekündigt zu werden. Die Einberufung kann schriftlich oder mündlich erfolgen.
2. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende, anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Vorstandssitzung.
3. Der Vorstand kann im schriftlichen Verfahren beschließen, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu der zu beschließenden Regelung erklären.
4. Über die Vorstandssitzungen ist ein Beschlussprotokoll zu führen.

## § 16 Der Kassenprüfer

Zwei Kassenprüfer sind von der Mitgliederversammlung für jeweils ein Jahr zu wählen. Diese haben die Aufgabe, das jeweils zurückliegende Geschäftsjahr des Vereins buchhalterisch zu prüfen, wobei den Kassenprüfern zur Prüfung sämtliche Unterlagen des Vereins, Rechnungen, Bankauszüge und dergleichen zur Verfügung zu stellen sind. Die Kassenprüfung soll spätestens einen Monat vor der Mitgliederversammlung abgeschlossen sein.

## § 17 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 9/10 der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
2. Falls die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.
3. Das nach Beendigung der Liquidation vorhandene Vermögen fällt an .....  
(siehe oben § 2).

Dies gilt entsprechend, wenn der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

.....

Ort, Datum	Unterschriften
------------	----------------

## Erläuterungen

Will man das Instrumentarium der Ehrung noch erweitern, so empfiehlt sich, in der Satzung eine Ehrenordnung zu institutionalisieren, die vom Vorstand zu verabschieden ist. Dann müsste im Satzungstext erwähnt sein, dass der Vorstand berechtigt ist, eine Ehrenordnung zu erstellen und dementsprechende Ehrungen vorzunehmen.

Schließlich kann man noch daran denken, den harten Kern der verantwortlichen Mitarbeiter zu erweitern. Oftmals wird insoweit von einem erweiterten Vorstand oder von der Einführung eines Beirats Gebrauch gemacht. Der Beirat hat dann die Aufgabe, den Vorstand in wichtigen Vereinsangelegenheiten zu beraten. Die Mitglieder des Beirats werden in der Regel zahlenmäßig beschränkt und für die Dauer von drei Jahren bestimmt. Durch die zeitliche Überlappung der Legislaturperioden von Vorstand und Beirat wird eine kontinuierliche Vereinsarbeit gewährleistet. Es gibt Satzungen, in denen dem Beirat ein äußerst großes Gewicht zukommt, so dass der Vorstand insoweit in den Hintergrund tritt. Derartige Konstruktionen sind jedoch vereinspolitisch verfehlt, weil sie den berühmten „grauen Eminenzen“ Vorschub leisten. Wer bestimmt und lenkt, sollte dies auch nach außen dokumentieren und sich nicht verstecken.

Schließlich könnten Sie noch in Ihrer Satzung bestimmen, dass die Mitgliederversammlung erst beschlussfähig ist, wenn mindestens ein gewisser Prozentsatz Ihrer Vereinsmitglieder anwesend ist. Der Satzungstext könnte lauten: „Die Mitgliederversammlung ist erst beschlussfähig, wenn mindestens  $\frac{1}{4}$  sämtlicher Vereinsmitglieder anwesend ist.“

Oftmals ist dann aber die Beschlussfähigkeit nicht gegeben. Aus diesem Grunde wird dann angefügt: „Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von 4 Wochen eine zweite Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen; diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.“ Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

Diese Verfahrensweise ist jedoch nicht zu empfehlen, da sie nur zu einer unnötigen Verzögerung und Bürokratisierung führt. Manchmal enthält die Satzung die Regelung, dass die zweite Sitzung eine halbe Stunde nach der ersten terminiert wird, falls die erste Versammlung nicht beschlussfähig ist. Dies ist zwar zulässig, im Ergebnis geben diese Regelungen keinen Sinn, weil die Erfahrung gezeigt hat, dass dadurch nicht mehr Mitglieder die Mitgliederversammlung besuchen werden. Empfehlenswert für die Mitgliederversammlung ist es, immer eine wirksame „Attraktion“ anzubieten, damit möglichst viele Mitglieder aktiviert werden.

Diese Attraktion kann ein vereinsbezogener Vortrag eines außenstehenden Dritten sein; sie kann darin liegen, dass der Sportverein einen bekannten Sportler einlädt, der aus seinem Sportleben, seinem Trainingsaufbau, der Trainingsplanung und dem Wettkampf berichtet. Wenn es bei Ihnen z.B. um die Planung oder Finanzierung Ihres Vereinsheimes geht, so liegt nichts näher, als den Architekten oder den zuständigen Baudezernenten Ihrer Stadt oder den Banker einzuladen, damit diese Fachleute das Projekt den Mitgliedern erläutern. Schließlich hat sich auch bewährt, dass Ehrungen der Vereinsmitglieder auf der Mitgliederversammlung durchgeführt werden. Damit ist nicht die Möglichkeit der Ernennung von Ehrenmitgliedern durch die Mitgliederversammlung gemeint. Es geht um den anerkennenden Akt für Vereinsmitglieder, die sich in der Vereinsarbeit oder durch ihre besondere Leistung, sei es im Sport, in der Kunst oder der Wissenschaft, verdient gemacht haben.

An dieser Stelle sei dem Leser zu bedenken gegeben, dass es unter Umständen kein angenehmes Verfahren ist, durch Beschlussfassung der Mitgliederversammlung zum Ehrenmitglied ernannt zu werden:

Erstens kann es für den zu Ehrenden zur Peinlichkeit werden, wenn sich Diskussionen über seine Ehrenmitgliedschaft entwickeln.

Zweitens kann das Abstimmungsergebnis nicht dazu angetan sein, wirklich von einer Ehrenmitgliedschaft zu sprechen.

Drittens sollte man dem Kandidaten eine herbe Enttäuschung ersparen, wenn er öffentlich nicht zum Ehrenmitglied gewählt wird.

Aus diesen Gründen kann eine Ehrenordnung praktikabler sein, die dann den Vorstand in die Lage versetzt, von sich aus in einer Vorstandssitzung zu bestimmen, wer Ehrenmitglied des Vereins wird. Hier sollte die Ehrenordnung Einstimmigkeit vorsehen. Diese Vorstandsbeschlüsse bleiben dann aber, wenn man sich nicht einigen kann, im engsten Kreis des Vorstands, so dass jegliche Peinlichkeit vermieden wird.

Die Ehrung wird dann aber vor der Mitgliederversammlung vorgenommen.

Auf der anderen Seite sollte man natürlich nur Personen zu Ehrenmitgliedern vorschlagen, die so unumstritten sind, dass tatsächlich alle Mitglieder auch wirklich von der Ehrung überzeugt sind.